



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 31531 - 33  
Fernschreiber 0886 990

P/XIV/17 - 21. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Kompromiß, aber keine Kapitulation Verhandlungsbereitschaft im Westen wächst, Folgen des Mikojan-Besuches	88
3 - 4	Finnland vor neuer Entscheidung Hintergründe einer Krise	63
5	Wie frei ist man eigentlich? Konformismus mit Nachhilfe	37
6 - 7	Caruschtschow an der Spitze Zum XXI. Parteitag der KPdSU	104

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Kompromiss, aber keine Kapitulation

sp - In der westlichen Welt wächst das Verlangen nach Verhandlungen mit der Sowjetunion, um die Zuspitzung einer Krise zu vermeiden, die durch den sowjetischen Korenregen und den Vorschlag des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland ausgelöst wurde. Sogar Bundesaußenminister von Brentano kann sich dieser Strömung nicht entziehen. Vor der CDU-Bundestagsfraktion hat er angekündigt, es dürfe nicht bei dem "blossen Nein" zu den sowjetischen Vorschlägen bleiben. Das ist eine begrüßenswerte Erkenntnis vor dem Hintergrund vorangegangener hektischer Auserungen von führenden Männern der größten Regierungspartei. Unmittelbar nach Bekanntwerden der sowjetrussischen Deutschlandvorschläge gab sich die Regierung, an ihrer Spitze der Bundeskanzler, dem Glauben hin, man könne durch eine starre Haltung möglichen "Aufweichungstendenzen" im Westen begegnen und die westlichen Regierungen wieder auf Vordermann bringen. Aber: das Beharren auf alten Positionen in einer neuen Situation ist niemals eine gute Politik gewesen, sie erweckt keine Sympathien und gewinnt auch nicht neue Freunde.

Noch sind die Auswirkungen des Mikojan-Besuches in den Vereinigten Staaten nicht abzusehen. Immerhin hat er schon einiges erreicht, wie die "New York Herald Tribune" schrieb, dass die Ost-West-Beziehungen nach Mikojans Abreise nie wieder die gleichen sein können und sein werden, wie zuvor. Das Bewusstsein für den Ernst der Krise ist geschärft und um ihr zu begegnen, genügt die bisherige Politik nicht mehr. Weder die Sowjetunion, noch die Vereinigten Staaten werden sich wegen Berlin und Deutschland in das Abenteuer eines dritten Weltkrieges stürzen; die Vereinigten Staaten werden aber auch nicht eine bedingungslose Kapitulation eingehen. Im ersten wie auch im zweiten Fall dürften sie keine Gefolgschaft ihrer Partner finden. Mit Berlin und mit der Deutschlandfrage steht der Weltfrieden auf dem Spiel. Moskau und Washington wissen dies und es scheint keine Neigung zu bestehen, eine Entwicklung zuzulassen, die beide Weltmächte des kontrollierenden Einflusses beraubt.

Die Zeit drängt also zu Verhandlungen. Diese dürften an die politische Weisheit der westlichen Staatsmännern, aber auch an den gerade von der Sowjetunion so laut betonten Friedenswillen höchste Anforderungen stellen. Der psychologische Boden dafür scheint vorbereitet zu sein, sofern man ihn betreten will. Eine Überprüfung der bisherigen Europa- und Deutschlandpolitik der beiden Weltmächte bahnt sich an, da sie unvermeidlich geworden ist. Die Gespräche Mikojans mit führenden amerikanischen Politikern haben den sowjetischen Vorschlägen ihren ultimativen

Charakter genommen; das ist gut so, denn keine Weltmacht kann unter dem Druck eines Ultimatus verhandeln.

Die sowjetischen Noten selbst bieten je gewisse Anhaltspunkte, bei denen man einhaken kann. Ein solcher Anhaltspunkt ist die Berücksichtigung des sowjetrussischen Sicherheitsbedürfnisses. Eisenhower und Dulles konnten sich in ihren Gesprächen mit dem zweitmächtigsten Mann der Sowjetunion davon überzeugen, wie tief die Furcht vor den Folgen einer Mitbeteiligung der Bundesrepublik am Wettrüsten mit atomaren Waffen den Sowjetrussen im Nacken sitzt. Man kann darüber, wie es leider bei unseren Rüstungsfiatnikern geschieht, nicht mit leichter Hand hinweggehen, denn diese Furcht hat das Gewicht historischer Erfahrungen.

Ein zweites Ergebnis, das die Nikojar-Reise brachte, liegt in der Erkenntnis, dass die deutsche Wiedervereinigung nach dem bisher als Tabu gehüteten Schema - freie Wahlen und Entscheidungsfreiheit für Gesamtdeutschland - unerreichbar bleibt und man dafür andere Wege und Methoden finden und einschlagen muss. Selbst der amerikanische Außenminister Dulles hat sich dazu bekannt, und auch der britische Premierminister Macmillan liess seine Bereitschaft erkennen, jeden Vorschlag der Sowjetunion zu prüfen, "der darauf abziele, Deutschland in Freiheit zu vereinen". Dieser Prozess der Wiedervereinigung wird ein vielschichtiger und in Etappen zu vollziehender Vorgang sein, der sicher jedoch wesentlich kürzer sein wird, als die Zeitspanne von 50 bis 100 Jahren, die einst Dulles für die deutsche Wiedervereinigung nannte.

Die Weltpolitik sieht einer Serie von Konferenzen entgegen. Es wird ein stürmisches, von grosser diplomatischer Aktivität gekennzeichnetes Winterende und Frühlingsbeginn geben. Niemand nimmt dabei der Bundesregierung die Mühe und die Verpflichtung ab, ein Höchstmass von Wachsamkeit und Elastizität zu entfalten. Es ist ja nicht so, wie es gewisse Regierungskreise hinzustellen belieben, dass wir als Bundesrepublik kein Gewicht in der Weltpolitik besässen und völlig von den Entscheidungen der anderen abhängig sind. Auf das Bonner Wort und auf die Bonner Initiative kommt es viel an, von ihnen hängt es mit ab, ob sich über Europa die Kriegsfurcht entfaltet oder ob die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens gewahrt bleiben.

Die Opposition wird sich im Ringen um eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage als eine starke und mahrende Kraft erweisen; sie wird die Bundesregierung stets zum internationalen Verhandlungsgang drängen und darauf setzen, dass von deutscher Seite Vorschläge und Ideen entwickelt werden, die geeignet sind, auf der Grundlage eines Kompromisses, aber nicht einer Kapitulation, den Konflikt um Berlin und Deutschland seine gefährliche Schärfe zu nehmen.

### Finnland vor neuer Entscheidung

R.A. - Nach 4otägiger Regierungskrise hat Finnland eine neue Regierung erhalten, deren Aufgabe jedoch lediglich darin besteht, Neuwahlen vorzubereiten. Die Regierung - unter dem Führer der Agrar-Partei, Sukselainen, - verfügt ohnehin nur über 48 der 200 Parlamentssitze in Helsinki. Es wäre dem finnischen Volk zu wünschen, daß die Wahl Regierungen mit stabilen Mehrheiten im Parlament zur Folge haben würde; Regierungen, die mit dem großen sowjetrussischen Nachbarn vor allem wirtschaftspolitisch zurechtkommen, aber in der Innenpolitik die großen bürgerlichen Freiheiten der Demokratien des Westens weiter zu garantieren vermögen.

Es ist wohl selten vorgekommen, daß die Regierung eines demokratischen Staates durch eine bössartige politische Flüsterpropaganda so schnell zu Fall gebracht wurde wie die finnische im Dezember. Die Regierung Fagerholm, in der sich zwar alle Parteien ohne die Kommunisten und abgesplitterten sozialistischen Rebellen vereinten, verfügte nur über 137 von 300 Reichstagsmandaten. Sie wurde aber erst arbeitsunfähig, als der linke Flügel der Agrarier sie ebenso wie die Kommunisten beschuldigte, anti-sowjetische Politik forciert und sich allzu sehr in die Arme der Westmächte geworfen zu haben.

Wen, es ist für die finnische Regierung (neben der stabilen Zugehörigkeit zum Nordischen Rat der skandinavischen Völker) inner schwer, das Gleichgewicht zwischen Ost und West auszubalancieren. Aber der große Hintergrund der bösen kommunistischen Flüsterpropaganda, der auch die Linksagrarier anheimgelien, ist doch wohl die untolerante russische Wirtschaftspolitik gewesen, die allzu betont auf die buchstabengetreue Erfüllung von Verträgen pochte.

Es ging im Kern um die Ausgeglichenheit einer Handelsbilanz. 1949/50 beschloss Finnland, den Osthandel auszuweiten und verband

das mit einer gewissen Form eines Ost-Clearing, dessen Verrechnungssystem viele Jahre die ausgeglichene Bilanz sicherte. Als dann die Polen in gegenseitigen Handel aus verständlichen Gründen für die Bezahlung ihrer Waren von Finnland Dollars verlangten, deckte Rußland einen Teil der finnischen Handelschulden auch in amerikanischer Währung, nämlich mit zehn Millionen Dollar jährlich ab, so daß das Gleichgewicht in gewissen Sinne wiederhergestellt wurde.

So funktionierte die finnisch-russische Ausgeglichenheit etwa bis zur Abwertung der Finnmark am 15. September 1957, denn den finnischen Lieferungen an Moskau in Höhe von 40,2 Milliarden Finnmark standen 1957 sowjetische Lieferungen nach Helsinki in Höhe von 41,6 Milliarden Finnmark gegenüber. Da aber mit der Abwertung der finnischen Währung auch eine Liberalisierung des finnischen Handels verbunden wurde, gelang es in den ersten neun Monaten des abgelaufenen Jahres nicht mehr, die Balance zu halten. Finnland nahm den Russen nur noch für 27,6 Milliarden Finnmark (345 Millionen Rubel) ab, aber lieferte für 33,6 Milliarden Finnmark (420 Millionen Rubel) nach Osten.

Und diese Differenz von 75 Millionen Rubel war es, die schließlich das Klima zwischen den beiden Nachbarn verschlechterte und wohl auch den Parteibefehl an die finnischen Kommunisten auslöste, den anti-sowjetischen Kurs in die Flüsterpropaganda und die Reihen der Linksagrarier zu tragen. Denn der russisch-finnische Handelsvertrag sieht vor, daß der finnische Überschuss 60 Millionen Rubel jährlich nicht übersteigen darf. Wäre es nicht eine gute Geste der Sowjets gewesen, für einen längeren Zeitraum im Interesse der Konsolidierung der finnischen Wirtschaftspolitik auf diese Klausel zu verzichten? Hätten die finnischen Kommunisten nicht gut daran getan, diese Frage nicht zum Zentralproblem der finnischen Innenpolitik zu machen? Jedenfalls hat diese ganze Angelegenheit dazu beigetragen, zumindest im skandinavischen Raum, das Mißtrauen gegen den Osthandel wieder zu verstärken.

21. Januar 1959

Wie frei ist man eigentlich?

R.W. Vor einiger Zeit erhielt eine sich unabhängig und überparteilich nennende Zeitung einen Leserbrief, in dem sich der Verfasser - ein Lehrer, der in einer kleinen norddeutschen Ortschaft wirkt - entschieden gegen den Beschluß der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit aussprach, die Bundeswehr mit Massenvernichtungsmitteln auszurüsten. Der Leserbrief wurde mit den Initialen des Verfassers abgedruckt. Tags darauf erhielt die Redaktion den Besuch der Frau des Lehrers, die geradezu flehentlich bat, bei Nachfragen nicht zu sagen, daß ihr Mann die Zuschrift verfaßt habe, denn sie habe einen sehr konkreten Anlaß, Pressionen der örtlichen Honoratioren gegen ihren Mann zu befürchten - wie frei ist man in der Bundesrepublik eigentlich?

Eine mittlere Zeitung, auch sie unabhängig und überparteilich, die sich in ihrem politischen Teil um wirkliche Objektivität müht und weder der Opposition noch der Bundesregierung etwas schenkte, wurde unlängst durch eine kräftige finanzielle Einlage auf Vordermann im Sinne der Bundesregierung gebracht. Chefredakteur und politischer Redakteur, die seit langem das Mißfallen und Drohungen der christlich-demokratischen Chefs im Verbreitungsgebiet ihrer Zeitung zu spüren hatten, wurden gegen linientreue Journalisten ausgewechselt, die nun wacker den Kanzlerkurs steuern - wie frei ist man in der Bundesrepublik eigentlich?

In einer anderen überparteilichen und unabhängigen Zeitung ist kürzlich an die Angehörigen der Lokalredaktion die Anweisung ergangen, "nichts mehr gegen die CDU zu schreiben" - wie frei ist man in der Bundesrepublik eigentlich?

In wiederum anderen Zeitungen im Bundesgebiet weiß man zu berichten, hochmögende Herrschaften hätten sich mit sichtbarem Erfolg dafür eingesetzt, "daß nicht mehr soviel über die Atomgeschichte geschrieben wird" - wie frei ist man in der Bundesrepublik eigentlich?

Einzelfälle? Bagatellen? Schönheitsfehler? Oder nicht vielleicht doch Symptome? Jedenfalls nichts, was zu vermeiden wäre! Jedenfalls nichts, das man ignorieren dürfte! Denn man ignoriert nicht ungestraft, was in eine böse Richtung weist.

Es ist gewiß nicht so, daß man das Gefühl haben müßte, in allen Zeitungen, die als unabhängig und überparteilich firmieren, herrsche die muffige Luft der Unfreiheit und allenthalben grassiere der edelste Konformismus; es gibt ermutigende Beispiele des Gegenteils.

### Chruschtschow an der Spitze

W.R. Die große Ungewißheit, die alle Welt nach dem Tode Stalins fragen ließ, wie das Vakuum der Macht auszufüllen sei, fand ihre Klärung darin, daß sie Chruschtschow immer weiter an die Spitze schob, der heute als unbestrittener Sieger aus dem Rennen um die Macht hervorgegangen ist. Die starken Männer, die nach dem Tode Stalins die Macht gemeinsam ausübten, das Wort von der "kollektiven Führung" war geprägt worden, hatten aber auf dem Postament, von dem Stalin post mortem gestürzt worden war, keinen Platz. Der "demokratische Zentralismus" duldet zwar gute Berater im Kollektiv, aber die hierarchisch geordnete Partei verlangt nach einem Verantwortlichen in der Spitze. Hier liegen die Gefahren, denen Stalin erlag. Kurz nach dem Tode Stalins wurden die Repräsentanten des Terrors in der Geheimpolizei erschossen. Die Verantwortung dafür trugen Malenkov, Molotow, Chruschtschow, Kaganowitsch und Bulganin noch gemeinsam. Jedoch zeigten sich in der Frage notwendiger Reformen in der SU bald so starke Unterschiede im Führungskollektiv, daß eine personelle Klärung erfolgen mußte. Zunächst wurde Malenkov ausgebootet und als letzter bekam Bulganin den Laufpaß.

Ansätze einer veränderten Politik, die als "Tauwetter" umschrieben werden ist, wurden schon vor dem XX. Parteitag im Jahre 1956 sichtbar. Auf dem nun geschichtlich gewordenen XX. Parteitag hielt Chruschtschow seine Abrechnung mit der Stalinära.

Die Mittel, die Chruschtschow bei der Durchsetzung seiner Ziele anwendet, sind nicht sentimental; er gebraucht sehr kräftig seine Ellenbogen. In keinem Falle aber hat er nach dem Tode Berias die blutigen Exzesse eines Stalin aufgenommen. Auch die Tore der Gefängnisse schlossen sich nicht hinter den Angeklagten, ja, sie durften Mitglieder der Partei bleiben. Chruschtschow hat die Partei und den Staat fest in der Hand, ihm stehen ohne blutigen Terror bessere Mittel zur Verfügung, um seine Gegner aus der Macht zu entfernen. Chruschtschow, der Ende Januar den außerordentlichen Parteitag eröffnet, wird oft Gelegenheit finden, seine Macht zu demonstrieren. Sein Sinn für Publizität kommt ihm vor dem Parteitag gut zustatten. Die geschickte Ausnutzung des gelungenen Starts einer Weltraumrakete und die von aller Welt anerkannten Leistungen sowjetischer Raketentechnik wurden zu einer großen Propagandaoffensive für den XXI. Parteitag benutzt.

Im Innern der UdSSR verlangten wirtschaftliche, politische und geistige Fragen dringend nach Reformen. Außenpolitisch war die SU bis zum Tode Stalins in die Sackgasse geraten. Der Anschluß mußte wieder gefunden werden. Im Westen war die SU fast völlig isoliert und auch unter den neutralen Staaten waren die kritischen Stimmen lauter als die wohlmeinenden. Schwer drückte der mitteldeutsche Aufstand auf die Moral im kommunistischen Lager.

In der SU wurde der komplizierte zentrale Planapparat radikal umgebaut. Stalin hatte zwar die Industrialisierung gewaltig gesteigert, aber die Dynamik der "Produktivkräfte" wurde durch den bürokratischen "Überbau", die "Produktionsverhältnisse", stark gehemmt. Zur Beseitigung von Engpässen und Schwierigkeiten wurde der polizeiliche Terrorapparat eingesetzt. Theoretisch untermauerte Stalin diese Praxis mit der These: Mit der Entwicklung des Sozialismus, verschärfte sich der Klassenkampf. Wenn es nicht zu schweren Störungen des Wirtschaftslebens in der SU kommen sollte, mußte der bürokratische Hemmschuh entfernt oder gelockert werden. Chruschtschow und sein Anhang hatten das sehr klar erkannt. An diesen Reformen entzündeten sich die Gegensätze.

Der komplizierte zentrale Planapparat wurde radikal umgebaut. Moskau verlagerte Kompetenzen in die föderalen Republiken und autonomen Ge-

riete. Bei der Zentrale blieben Leitungsaufgaben, die Projektkontrolle sowie wissenschaftliche Forschungsaufgaben. Die Ausführung der Pläne, und alle damit verbundenen Einzelheiten, wurden in die Zuständigkeit unterer Organe verlagert. Diese Reform brachte große Vereinfachungen und Einsparungen; sie stärkte das Verantwortungsbewußsein der Leitungsgänge gegenüber Moskau.

Entscheidende Veränderungen führte Chruschtschow auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor durch. Die zentralistische Bürokratie wurde abgebaut und die "Traktoren und Maschinenstationen" wurden in eigene Regie der Kolchosen gegeben. Die staatliche Aufkauforganisation, die schon immer den stillen Protest der Kolchosauern durch eine willkürliche Preispolitik und Pflichtlieferungen kaum gefördert hatte, wurde reorganisiert. Die hindernden Fesseln wurden bis zu einem gewissen Grade gelöst, verzichten kann man noch nicht darauf, und schuf marktähnliche Beziehungen, die den Bauern neuen Ansporn in ihren Leistungen geben werden.

Ein weiteres gewagtes Experiment war die Erschließung von vielen Millionen Hektar Neuland in den östlichen Teilen der SU. Gute Ernteträge gaben Chruschtschow die Waffe in die Hand, seine Gegner aus dem Feld zu schlagen. Weitere Reformen waren die kürzlich verkündete "Schulreform" und eine "Strafrechtsreform".

Außenpolitisch führte Chruschtschow den harten und trotzdem beweglichen Kurs gegen den Westen fort. Beachtlich sind seine Erfolge unter den neutralen Völkern in Asien und Afrika. Das Bündnis mit China ist fester als eh und je. Alle phantasiervollen Spekulationen - der Bundeskanzler setzte ja eben alles auf diese Auseinandersetzungen - (Starlinger) müssen als Wahngedanken abgetan werden.

Die Passiva, die Chruschtschow in seiner Ära versuchen muß, sind die Aufstände in Polen und Ungarn. Die Ausbeutungspolitik in den Satellitenländern wird jedoch nicht mehr mit der brutalen Unmittelbarkeit von ehemals praktiziert, so daß in diesen Ländern eine wirtschaftliche Stabilisierung eintreten wird. Das entschärft die Lage für Moskau.

Der Pragmatiker Chruschtschow ist zwar an die Leine kommunistischer Dogmatik gebunden, wo ihm aber das Seil zu kurz erscheint, erweitert er es ohne Bedenken um einige Längen, um es je nach Bedarf wieder einige Knoten einzubinden.

Die Delegierten des "Außerordentlichen Parteitag" werden von der Vitalität und den "Erfolgen" ihres Regierungschefs und Ersten Parteisekretärs beeindruckt sein und das zukunftsweisende Planvorhaben, das zweifellos im Mittelpunkt des Parteitages stehen wird, reibungslos über die Bühne gehen lassen. Der neue Siebenjahrplan ist mit der These: "Übergang zum Kommunismus" verbunden worden. Das Ziel ist, die USA einzuholen und zu überholen. Darüberhinaus sind Perspektiven für die nächsten 15 Jahre ausgearbeitet worden, die der Sowjetwirtschaft eine absolut beherrschende Rolle in der Welt zuweisen.

Dieser Parteitag ist für Chruschtschow auf seinem Weg zur Macht ein entscheidender Meilenstein. Von hier aus kann er weiter vorstoßen zur Verstärkung seiner eigenen Position und der der UdSSR. Ob Chruschtschow der Machtfälle erliegen wird und in kritischen Tagen zu einem Kurs zurückkehrt, den er selbst überwinden half, muß die Zukunft noch lehren.

+ + +

Verantwortlich: Günter Karkacheffel